



Armutsrisiko von Menschen mit Behinderungen deutlich gestiegen

Pressemitteilung von Katrin Werner, 18. Januar 2017

„Menschen mit Behinderungen sind nach wie vor besonders stark von Armut bedroht. Ihr Armutsrisiko ist zwischen 2005 und 2013 sogar von 13 auf 20 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung muss sofort von der Bundesregierung gestoppt werden. Der allgemeine Arbeitsmarkt muss umgehend inklusiver gestaltet werden“, sagt Katrin Werner, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den heute verabschiedeten Teilhabebericht der Bundesregierung. Werner weiter:

„Der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt ist Menschen mit Behinderungen häufig verwehrt. Die Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Schwerbehinderung lag 2015 deutlich über der Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung. Unternehmen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, um Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen. Die Ausgleichsabgabe, die Unternehmen zahlen müssen, wenn sie die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen nicht erfüllen, muss deutlich

angehoben werden. Dies würde für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Anreize schaffen, das Arbeitsumfeld inklusiver zu gestalten.

Der Teilhabebericht der Bundesregierung zeigt, dass noch viel getan werden muss, um allen Menschen eine volle und wirksame Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu bieten. Die Bundesregierung tut aktuell zu wenig, um die Inklusion in allen Lebensbereichen, insbesondere in der Arbeitswelt, zu gewährleisten."